

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Vororten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Sale höherer Gewalt Betriebsfähigkeit. Streik ujm ersicht jeder Anpruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Feilzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Reklameseite 40 Pfg., Auslaufgebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbung und unendlich geschriebene oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird besonderer Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10. — M., des Auslandes, ausgiebig Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 126

Dienstag, den 28. Oktober 1930

32. Jahrg.

Donnerstag, den 6. November.

Schweinemarkt

Der Auktionsbetrieb beginnt um 8 Uhr.
Kemberg, den 28. Oktober 1930.
Der Magistrat.

Neues in Kürze.

- * Unter richtiger Beteiligung — man spricht von hunderttausend Teilnehmern — wurden die Opfer der Grubenkatastrophe in Wladimir zur letzten Ruhe geleitet.
- * Der Haushaltsplan für 1931 wurde im Reichstagsrat verabschiedet. Man hofft, der verschiedenen Schwierigkeiten Herr zu werden, und hat u. a. beschlossen, die Gehaltsbezüge der Minister mit Wirkung vom 1. November um 20 Prozent herabzusetzen.
- * Die Renovation in Bräunten ist durch den Übergang der Hauptstadt Rio de Janeiro zu den Aufständischen als beendet zu betrachten. Eine bewundernde Bewunderung des Verhältnisses zu der neuen Regierung ist in Deutschland bezeugt eingetreten, daß durch die Befreiung des deutschen Handelsverkehrs „Boden“ bei der Ausfuhr aus dem Hafen von Rio 20 Tote und Verletzte zu beklagen sind.
- * In einem neuen Interim hat Marshall Willstich wiederum in schärfster Form seine Verachtung von Parlament und Parteien in Polen kundzutun lassen.

Verabschiedung des Haushaltsplanes.

Herabsetzung der Ministergehälter
Berlin, 26. Oktober.

In der Kabinettsitzung am Freitag verabschiedete das Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichstanzlers der Reichshauswirtschaft für 1931. In diesem Zusammenhang lehnten die Reichsminister den Gehalt, nicht erst eine gesetzliche Herabsetzung ihrer Bezüge abzuwarten, sondern bereits am 1. November auf 20 Prozent ihrer Gehaltsbezüge zu vermindern.

Ueber die Staatsfinanzen veranlaßt, daß die 10-Milliarden Grenze diesmal nicht überschritten werden soll. Die Schwere richtigen mit den einzelnen Reformen, die natürlich auf seine ihrer Anforderungen verzichten wollen, sind noch nicht reiflich befristet, man weiß also noch nicht, wie hoch die Einsparung gegenüber dem Vorjahr sein werden. Es wird von 15 bis 300 Millionen gesprochen.

Die über Erwarnten schnelle Fertigstellung des neuen Haushaltsplanes ist nur dadurch möglich geworden, daß der Reichstag den als Notverordnung erlassenen Etat für 1931 in seiner letzten Sitzung noch ohne weiteres befristet hat. Der Reichstanzler mit den einzelnen Ländern die Finanzlage genau beproben hat oder noch befristet, so ist zu erwarten daß auch die Verabschiedung des neuen Etats wenigstens im Reichsrat seine Schwierigkeiten bereiten wird. Aufzu dem Etat sind allerdings noch die Deckungsanfragen vorzu bereiten.

Gehaltsverzeichnis des Reichspräsidenten

Berlin, 27. Oktober.

Reichspräsident von Hindenburg hat sich dem Beschluß des Reichstanzlers und der Reichsminister, bereits ab 1. November des. Ja. auf zwanzig Prozent ihrer Gehaltsbezüge zu vermindern, angegeschlossen und dementsprechend dem Reichsfinanzminister zwanzig Prozent ihrer Gehaltsbezüge zur Verfügung gestellt.

Über landwirtschaftliche Notverordnungen?

In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß nach den Erklärungen des Reichstanzlers Brünning beim Empfang der Führer der Landvolkpartei und nach deren Empfang beim Reichspräsidenten damit zu rechnen ist, daß das Reichskabinett sich bereits in der allerersten Zeit mit dem Erlass landwirtschaftlicher Notverordnungen beschäftigen wird.

Es ist bekannt, daß Reichsernährungsminister Schiele die Notwendigkeit der unverzüglichen Regelung verschiedener dringender landwirtschaftlicher Fragen anerkennt. Die grundlegenden Vorarbeiten für die Einzelheiten der in Frage kommenden landwirtschaftlichen Notverordnungen sind im Reichsernährungsministerium so weit gefördert, daß mit ihrem Abschluß in den nächsten Tagen gerednet werden kann.

Statistisches aus dem Reichstag.

Durchschnittsalter und Religionsverhältnisse der Abgeordneten.

Bei den Reichstagswahlen vom 14. September haben hauptsächlich die beiden größten Parteien eine große Anzahl junger Kräfte in den Reichstag entsandt. Sowohl bei den Kommunisten als auch bei den Nationalsozialisten ist dies für die Fraktionen des vorigen Reichstages berechnete Durchschnittsalter wesentlich geringer. Beide Parteien halten sich mit einem Durchschnittsalter von 38 Jahren die Waage. Bei den übrigen Fraktionen liegt dieses Durchschnittsalter

zumeist über 50 Jahre, und zwar beträgt es bei den Sozialdemokraten 50 1/2 Jahre und bei den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei 51 1/2 bis 51 3/4 Jahre. Auch bei der Deutschen Staatspartei und dem Christlich-Sozialen Volksdienst reicht es nahe an die Fünfzig heran, während es bei der Fraktion der Deutschen Landvolks sogar 60 Jahre übersteigt.

Der jüngste Reichstagsabgeordnete ist bei der kommunistischen Fraktion zu finden.

Es ist der Abgeordnete Becker-Berlin, der im Mai 1905 geboren ist, also erst wenige Monate vor den Wahlen das passive Wahlrecht erworben hat. Ihm folgt mit zwei Monaten Abstand der nationalsozialistische Abgeordnete Schmeer. Die nächstjüngsten Abgeordneten sind der Kommunist Agach, im Juni 1907 geboren, der Nationalsozialist Wetzel, im April 1904 geboren, sowie die Kommunisten Schwarz und Knechtel, die im Januar 1904 bzw. im Dezember 1903 geboren sind.

Dem Schjärjigen Alterspräsidenten Herold folgen der völkerrätliche Abgeordnete Dr. Rahl mit 51 Jahren, der deutschnationale Abgeordnete Kammerherr von Ohrenburg-Jaunischau mit 75 Jahren, die Kommunistin Clara Joffin und der Zentrumsabgeordnete Blum-Krefeld, die 73 Jahre alt sind, sowie der 1859 geborene sozialdemokratische Abgeordnete Heimann.

Interessant sind auch die Feststellungen über die Religionsverhältnisse der 577 Reichstagsmitglieder, von denen allerdings bei 54 Angaben darüber fehlen. Es sind 167 Abgeordnete evangelisch, 42 evangelisch-lutherisch, 1 altkatholisch und 132 katholisch. 99 Abgeordnete, zumeist Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Fraktion, sind Atheisten, und weitere 54 bezeichnen sich als konfessionslos. Außerdem sind 8 Abgeordnete römisch-katholisch, 7 lutherisch-reformiert, 2 jüdisch. Schließlich sind noch 7 Freireligiöse, darunter Reichstagspräsident Eder, 1 Mitglied der Deutschröhen, 1 Altprotestant und 1 Baptist zu verzeichnen.

Preußen bekämpft die Arbeitsnot.

Berlin, 25. Oktober.

Wälg neue Wege schlägt die preussische Staatsministerum ein, um der dauernd steigenden Arbeitslosigkeit zu steuern. Es werden verschiedene Anordnungen, die von anderer Seite in der einen oder anderen Richtung gemacht worden sind, aufgegriffen und zu praktischen Vorschlägen verdichtet. Wie es in einer Verlautbarung von zuständiger preussischer Seite heißt, will man mit diesen Vorschlägen eine Besserung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in naher Zeit herbeiführen, da die von der Reichsregierung erstrebte Senkung des deutschen Preisniveaus zur Entlastung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Arbeitsmarktes eine Besserung erst allmählich und in gerauer Zeit herbeiführen könne.

Die Vorschläge des preussischen Staatsministeriums an die Reichsregierung knüpfen einmal an Forderungen der Freien Gewerkschaften auf Verkürzung der Arbeitswoche, zum anderen an der Forderung der Nationalsozialisten auf Einführung eines Arbeitsdienstjahres und schließlich an Forderungen verschiedener Parteien zur Sperrung der deutschen Grenze gegen die Ueberflutung mit ausländischen Landarbeitern.

Die preussische Staatsregierung empfiehlt der Reichsregierung die Prüfung der Frage, ob sich auf dem einen oder anderen Wirtschaftszweig eine vorübergehende Herabsetzung der Arbeitszeit

zur Ermöglichung von Neueinstellungen ohne Schädigung gesamtwirtschaftlicher Interessen möglich sei. Ferner sollte durch Gesetz eine Regelung getroffen werden, daß bis auf weiteres alle Betriebe, die zu einer Einschränkung ihrer Arbeit gezwungen sind, solange keine Verminderung ihrer Beschäftigung vorzunehmen dürfen, als die von der Arbeitseinstellung betroffene Beschäftigungsgruppe bei einer Verminderung der Arbeitszeit nach mindestens 4 Wochenstunden oder 5 Tagesfristigen Beschäftigungen finden kann. Mit einer solchen Maßnahme würde die weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit nach Auffassung der preussischen Staatsregierung nicht unumwinkelt gehemmt. Dem Vorschlag nach

Einführung eines allgemeinen Arbeitsdienstpflichtjahres

für Jugendliche glaubt die preussische Staatsregierung am zweckmäßigsten damit Rechnung zu tragen, wenn sie durch vorübergehende Verlängerung der Schulpflicht um ein weiteres Jahr die etwa 200.000 Eltern 1931 zur Entlastung kommenden Schulkinder vom Arbeitsmarkt fernhält. Dieses weitere Schuljahr soll ausschließlich der Vorbereitung der Jugendlichen auf ihren künftigen Beruf gewidmet sein. Für die Landwirtschaft soll dieses 9. Schuljahr in Wegfall kommen, sofern die schulentastende Jugend in der Landwirtschaft selbst Verwendung findet. Die hierdurch entstehenden Kosten sollen nach dem Vorschlag der preussischen Regierung aus den Erträgen der gestrichelten Steuern, die bei der Arbeitslosenunterstützung bei Durchführung dieser Maßnahme gemacht würden. An dritter Stelle schlägt Preußen vor, im nächsten Jahr keinerlei

ausländische Wanderarbeiter

(sogenannte Sachengänger) für die deutsche Landwirtschaft zuzulassen. Preußen berechnet die Zahl der dadurch für deutsche Arbeiter frei werdenden Arbeitsplätze auf mindestens 100.000. Die vielfach in der Landwirtschaft geäußerten Bedenken, daß sich nicht genügend geeignetes Arbeitsmaterial aus dem Heer der deutschen Arbeitslosen für die Landwirtschaft finden würde, glaubt die preussische Regierung mit dem Hinweis darauf zerstreuen zu können, daß die Feststellungen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung ergeben hätten, daß sich die für die Landwirtschaft vermittelten berufsfernen Arbeitskräfte recht gut bewähren hätten. Schließlich ist vom preussischen Landwirtschaftsminister Dr. Steiger

ein umfassendes Meliorationsprogramm

ausgearbeitet worden, daß für die Ostprovinzen etwa 90 Millionen, für die übrigen Landesteile etwa 310 Millionen Mark vorliehe. Das Programm soll auf drei Jahre verteilt werden und sich auf die Entwässerung von Aedern, Weiden und Weiden, auf die Erschließung von rund 33 Millionen Hektar Hoch- und Niedrigmooren und auf die ertragreichere Gestaltung von rund 2 Millionen Hektar Grünlandwirtschaft erstrecken. Die Berechnungen des preussischen Landwirtschaftsministers kommen zu dem Schluß, daß bei Durchführung dieses Programms rund 78.000 Arbeiter mit etwa 94,5 Millionen Mark jährlich beschäftigt werden können.

Hitlers Antwort an Herze.

Er lehnt private Vermittlung ab!

München, 26. Oktober.

Adolf Hitler veröffentlicht im „Völkischen Beobachter“ seine Antwort an Herze. In dieser heißt es u. a.: „Das Telegramm, das ich durch Arnold Reebberg erhielt, richtet sich in der Ansicht nach an eine falsche Adresse. Gutmenschen werden von mir eine Stellungnahme zu einem Gesamt-komplex von Vorschlägen, die ihre Ordnung erhalten sollen durch den Abschluß eines französisch-deutschen Militärabkommens.“

Das deutsche Volk hat die ernsthafte Absicht, mit allen gestifteten Aufwendungen und Mähen in Frieden und Freundschaft zu leben. Dieser Frieden der kulturell gestifteten Welt wird heute durch das ungeduldige Verhalten Frankreichs gegen Deutschland unendlich bedroht. Das von mir geführte junge Deutschland hat nur den schärfsten Wunsch zu einer freundschaftlichen Verständigung mit den anderen europäischen Nationen, aber nicht den Wunsch nach Militärabbindungen!

Henderson für Abrüstung.

Er erwartet das Sell vom Völkerverbund.

Newcastle, 26. Oktober.

Außenminister Henderson hielt anlässlich seiner Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt hier eine großangelegte Rede über Englands Außenpolitik. Besonders Interesse verdienen vor allem Hendersons Ausführungen über das Abrüstungsproblem. Er sagte: „Solange Riesenheere und Riesenflotten bestehen, muß die Verdrängung, die zu gebrauchen, immer im Schach zu halten sein. Jede Nation wünscht Sicherheit, aber erzielt sie heute durch die riesigen Heere und Flotten, die von 1914 bis 1918 eingesetzt worden sind? Die Völkerverbundsatzung erkennt, daß Sicherheit nicht durch dieses Mittel erreicht werden kann.“

Der Zweck, für den der Völkerverbund geschaffen wurde, kann niemals erreicht werden, wenn nicht ein Plan allgemeiner Abrüstung durch internationale Vereinbarungen durchgeführt werden kann.

Die Urheber der Völkerverbundsatzung waren der Ansicht, daß internationale Zusammenarbeit niemals gelingen kann, wenn nationale Rüstungen unbeschränkt bleiben und wenn der Wettbewerb in den Rüstungen wiederauflebt.

Jedes Mitglied des Völkerverbundes ist durch diese Verpflichtung gebunden.

Unter dem Londoner Flottenvertrag ist eine beträchtliche Verminderung zustande gebracht worden. Wir arbeiten jetzt daran, um sicherzustellen, daß die vorbereitende Abrüstungskommission des Völkerverbundes, die im November in Genf zusammentreten soll, zum Erfolg führt, so daß eine allgemeine Abrüstungskonferenz entweder im Laufe des kommenden Jahres, spätestens aber im Jahre 1932 einberufen werden kann. Abrüstung ist das erste Erfordernis, das notwendig ist, um Krieg unmöglich zu machen.

Polen überfallen Deutsche.

Deutsche Bandendirektoren schwer mißhandelt

Katowice, 25. Oktober.

In Loslau fand eine Ausschusssitzung der Deutschen Gewerbetreibenden statt, an der auch die beiden Direktoren der Deutschen Vereinsbank Katowice, Thomassen und Jankott, teilnahmen. Als die beiden in Begleitung dreier anderer Ausschusssmitglieder sich zum Bahnhof begeben

schule allein den Heimweg angetreten. Als es zur gewohnten Zeit nicht in der erteilten Wohnung eingetroffen war, wurde die Mutter unruhig und suchte fündelnd in der Stadt nach ihrem Kinde. Vor Einbruch der Dunkelheit fand man das kleine Mädchen dann als Leiche. Offenbar war es über die Brücke des von Katala kommenden Baches gegangen und dort an der Wälderspülstelle auf unerklärliche Weise in das Wasser geraten, es war dann einige Meter hochabwärts bis zum Garten eines Anwohners gestrichen, wo der Befeger den traugenen Fund machte.

Goffa, 28. Oktober. Eine abenteuerliche Geschichte trug sich hier dieser Tage zu. Die Frau eines hiesigen Einwohners, die seit einiger Zeit krank war, machte nicht mehr auf und man nahm an, daß sie tot war. Sie wurde in die Scheune gebracht und der Arzt gerufen. Als dieser am nächsten Tage kam, mußte er feststellen, daß die Frau noch am Leben war, und er ordnete an, daß sie sofort wieder in die Wohnung gebracht wurde. Sie ist aber dann doch gestorben.

Söllichau, 21. Okt. Durch Beschluß des Preussischen Staatsministeriums vom 13. August 1929 sind die Forstgutsbezirke Torna und Söllichau aufgelöst und zu einem neuen Gutsbezirk mit der Bezeichnung „Dübener Heide, Anteil Kreis Bitterfeld“ zusammengeschlossen worden. Die von dem neuen Gutsbezirk eingeschlossenen Dienststellen (Oberförsterei, Försterei) und die sonstigen bewohnten Gehöfte sind herabgenommen und den benachbarten Gemeinden beim Amtsbezirk zugewiesen worden, so daß also der neugebildete Gutsbezirk nur noch aus bewaldeten Flächen besteht. Da der bisherige Forstgutsbezirk Oberförsterei Söllichau noch zum Amtsbezirk Söllichau gehört, so besteht zurzeit der Zustand, daß Teile des neuen Gutsbezirks zum Amtsbezirk Söllichau und andere zum Forstamtsbezirk Torna gehören. Für die Verwaltung des neuen Gutsbezirks ergehen sich heraus Schwierigkeiten wegen der Zuständigkeit und dergleichen. Es erscheint daher angebracht, den bisherigen Forstamtsbezirk Torna aufzulösen und aus dem ganzen neuen Gutsbezirk einen Amtsbezirk mit der Bezeichnung „Dübener Heide, Anteil Kreis Bitterfeld“ zu bilden. Die Amtsauschüsse der anliegenden beteiligten Amtsbezirke haben sich mit der Bildung des neuen Amtsbezirks in vorstehendem Sinne einverstanden erklärt. Der Kreisrat beschloß jetzt, der Auflösung des Forstamtsbezirks Torna und Bildung eines neuen Amtsbezirks „Dübener Heide, Anteil Kreis Bitterfeld“, bestehend aus dem unbewohnten Gutsbezirk gleichen Namens zuzustimmen.

Merseburg. Wie das Preussische Innenministerium mittelst, handelt es sich bei dem vor einigen Tagen durch die Presse gegangenen Vorhabe des Ministerialrats Schmidt zur Verwaltungsreform, der u. a. die Verringerung der Regierungsbezirke vorsieht, nur um die Privatarbeit eines Beamten vom Reichsverkehrsministerium. Dieser Entwurf könne für Preußen überhaupt nicht maßgebend sein, da die darin vorgeschlagene Verwaltungsreform zu weit führe und insbesondere eine Veränderung der Zuständigkeit der Regierungsbezirke von Preußen nicht beabsichtigt sei. Lediglich die Verschmelzung einiger Landkreise sei geplant. Von

einer Veränderung der Provinzgrenzen könne jedoch keine Rede sein.

Magdeburg. Kundgebungsverbot. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hatten für Sonntag, den 26. Oktober, zu Kundgebungen unter freiem Himmel in Magdeburg aufgerufen, und zwar war der Beginn der drei Veranstaltungen auf denselben Zeitpunkt festgesetzt worden. Zur Verhütung unmittelbarer Gefahr für öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung wurden diese Kundgebungen vom Polizeipräsidenten verboten, da die Art der Ankündigung vonseiten der Kommunistischen Partei auf gewisse Störungen schließen ließ.

Schöneberg. Der Postraub vor Gericht. In etwa drei Wochen soll die Angelegenheit des Postraubes bei Blöße vor dem Erweiterten Schöffengericht zur Verhandlung kommen. Die Anklage richtet sich gegen den Führer des Postautos Zimmermann und seinen Helfershelfer.

Groß-Santerleben. Auf der Spure eines Mordes? Die Gattinwitwe Richter und ihr Sohn sind verhaftet und dem Amtsgericht Weißenhauseben zugewiesen worden, da Zweifel entstanden waren, ob sich der Dienstadtbesitzer H. aus Magdeburg im Verlaufe einer Auseinandersetzung mit Frau Richter selbst das Leben genommen hat. Die Leichendöffnung ergab, daß Richter sich nicht selbst das Leben genommen haben könnte.

Kraftfahrergeellschaft Sachsen-Anhalt verkauft. In einer Aufsichtsratsitzung der Kraftfahrergeellschaft Sachsen-Anhalt wurde endgültig beschlossen, dem Verkauf der Aktien der Kraftfahrergeellschaft Sachsen-Anhalt A.-G. an die Reichspost zuzustimmen. Der Kaufpreis beträgt 1,5 Millionen RM. Die Unterzeichnung des Vertrages ist in Kürze zu erwarten.

Die Verläufe Anhalts beim Mitteldeutschen Bankverein. Dessau. Das Anhaltische Staatsministerium erwidert auf eine nationalsozialistische Anfrage wegen seiner Verluste beim Mitteldeutschen Bankverein in Dessau, man habe im Jahre 1928 auf Wunsch der Geschäftsführung der Anhaltischen Sparkasse dem Bankverein 200 000 RM kurzfristig überlassen und von einer dringlichen Sicherheit angehtlich der guten Auskünfte abgesehen. Als die Bank dann den übernommenen Abzahlungsverpflichtungen nicht pünktlich nachgekommen sei, habe die Regierung im März 1930 plötzlich eine Resolution der Bank vornehmen lassen und dabei große Spekulationsverluste der Anhalter festgestellt; dann sei der Konkurs eröffnet worden. Der Konkursverwalter hoffe auf eine günstige Quote.

Anklagerhebung in der Dessauer Belohnungsaffäre. Dessau. Der Anhaltische Landtag hat jetzt beschlossen, gegen die der Befragung beschuldigten ehemaligen Hausbesitzerabgeordneten Günther (Dessau) und Marzahn (Köpen) die Anklage zu erheben. Gleichzeitig wurde die Bildung eines Staatsgerichtshofes für Anhalt beschlossen.

Oberwienenthal. Frost und Schnee. In der Erzgebirge. Auf dem Ramme des Erzgebirges ist in den letzten Nächten Schneefall eingetreten. Der Fichtelberg wies bei 3 Grad Frost eine leichte Schneedecke auf.

Das Gustav Adolf-Fest des Kirchentreibes Kemberg. In diesem Jahre in Kotta tätig und zwar am 19. Oktober, dem vergangenen Sonntage. Als Festprediger

und Redner war erschienen Pfarrer Dettenborn aus Schmettern bei 6. Falkenberg. Er war früher längere Zeit im Ausland tätig und zwar in Argentinien und konnte so aus reicher Erfahrung über die Sache des Gustav Adolf-Vereins und sein Werk reden. Von 1902 bis 1908 wirkte er in der deutsch-evang. Gemeinde Aldea Pretellano und von 1908 bis 1926 in der Gemeinde Ramirez, beide zur Provinz Entre Rios gehörig. — Vormittag 1/2 10 Uhr fand Festgottesdienst statt, der gut besucht war. Pfarrer Dettenborn predigte über die zweite Sonntagsepistel Jakobus 2, 10-17 und sprach von dem Glauben, der in der Liebe tätig ist, als der Grundlage der Gustav Adolf-Vereins-Arbeit. An den Gottesdienst schloß sich ein gutbesuchter Kindergottesdienst an. Nachmittags 4 Uhr begann im Jahrigen Gasthof die Festveranstaltung. Nach dem gemeinsamen Gesänge des Liedes „Mir nach, spricht Christus“ richtete Pfarrer Laßan-Kotta an die Versammlung die Begrüßungsansprache in der er das Schriftwort Gal. 6, 10 als das Motto aller Gustav Adolf-Vereinsarbeit den Zuhörern auslegte und ans Herz legte und sodann die Person Gustav Adolfs, nach dem dieser Verein seinen Namen führt, ihnen vor Augen führte, und das, was er für Deutschland getan hat. In seinem längeren in zwei Teile geteilten Festvortrag sprach Pfarrer Dettenborn eingehend von der Lage der Deutschen dort in Argentinien, besonders den Volksgenossen. Er schilderte ihre Not, in denen sie leben, unter denen sie leiden und kennzeichnete dies nach einer dreifachen Richtung, nämlich als wirtschaftliche, als politische und als geistliche Not. Für das Werk des Gustav Adolf-Vereins kommen vor allem in Betracht die geistlichen Not, die hauptsächlich in der mangelhaften geistlichen Versorgung bestehen, auf die Redner näher eingieng. Trotz dieser geistlichen Not aber, so betonte er, halten sie fest an ihrem Glauben, halten sie fest am Worte Gottes und zeigen trotz der bestehenden Schwierigkeiten ein lebhaftes Verlangen, das Wort Gottes in den Gottesdiensten zu hören. Aber nicht nur am Glauben halten sie fest, sondern auch am Fleiß und suchen auch ihre Kinder, zum Teil unter besonderen Opfern, in deutsch-evang. Sinn und Geiste zu erziehen. Mit dem Glauben am Glauben aber verbindet sich bei ihnen eine große Opferwilligkeit und in Weidm stehen sie da als leuchtendes Vorbild in der Christenheit in der Heimat. Angeht ihr geistlichen Not und ihrer Glaubensstreue aber, so betonte Redner zum Schluß, muß ihnen als unleren Brüdern geholfen werden, wie es vom Gustav Adolf-Verein aus geschieht, und in diesem Sinne richtete der Vortragende an die Versammlung den warmherzigen Appell, dies Werk nach Kräften zu fördern. Einen tiefen Eindruck empfingen die Zuhörer von diesem von Herzen kommenden Vortrage, den Superintendent Dettenborn in seinem Schlußwort noch zu verfrachten suchte, in dem er die Versammlung und durch dieselbe dem Kirchentreibereichen Gewinn von dieser Veranstaltung wünschte. Beschloß die Festfeier durch einen Gorgesang des Jungmädchenvereins Kotta. In die Ferne mög' ich ziehen. Die Pause wurde durch Schriftenverkauf und Zellerammlung wirtungsvoll ausgenutzt. Möge auch dies Fest von Gottes Segen begleitet sein. Pfarrer Agnus.

In unser Handelsregister A. Nr. 11 ist bei der Firma W. Geilen Jnb. Kaufmann Wilhelm Geilen in Kemberg folgendes eingetragen:
Die Firma ist erloschen; von Amts wegen eingetragen.
Kemberg, den 7. Oktober 1930. **Amtsgericht.**

In unser Handelsregister A. Nr. 9 ist bei der Firma Otto Dagner, Jnhaber Kaufmann Theodor Dagner, Kemberg, folgendes eingetragen:
Die Firma ist erloschen; von Amts wegen eingetragen.
Kemberg, den 7. Oktober 1930. **Amtsgericht.**

2 junge hochtragende Kühe stehen preiswert zum Verkauf
H. Dietrich, Kemberg

Tannengrün verkauft
Ernst Kehnede, Wittenergerstr. 47
Bestellungen auf **Deckreisig** nehme ich schon jetzt entgegen

Gut erhaltenes **Klavier (schwarz)** mit oder ohne Vorahspielapparat (Pianola) hat abzugeben
Dr. Möller
Stelle

einige Leute zum **Zuterrübenroden (Afford)** ein **Horn, Gußsch**

Morgen Dienstag ab 7 Uhr Speckkuchen
Bäckerei Berndt Wittenergerstr.

Dienstag früh frisch. Schellfisch Fischfilet
ohne Haut und Gräten (täglich fertig)
Paul Mierschke

ff. Rübensaft
Musgewürz
Kunsthonig
Warmelade
Pflaumenmus
Syrup

empfehlen billigst **J. G. Glaubig**

Ich halte am **1., 3. und 5. Mittwoch jeden Monats,** erstmalig am 29. 10. 1930, vorm. von 9—1 Uhr im **Ratskeller** in Kemberg **Sprechstunden**
ab. **Reisener, Rechtsanwalt**

Der erste 100% Ton- und Sprechfilm
Die Sensation von Kemberg!
Heute Montag im Saale der Gold. Weintraube

kommt der erste 100% Ton- und Sprechfilm zur Aufführung
Sie sehen und hören:

„Die Nacht gehört uns“

Ein 100% Ton- und Sprechfilm. Ein Werk von Liebe und Sensation. Dieser Film lief acht Wochen lang im Berliner Capitol-Theater vor ausverkauftem Hause. In der Hauptrolle: Hans Albers, Charlotte Ander. **Ein Ton- und Sprechfilm in 9 Akten.**

Als Beiprogramm zeigen wir das großartige Lustspiel:
Trautes Heim — Glück allein.
Ein Lustspiel in 2 Akten. — Lachen ohne Ende.

Wir bieten den werten Besuchern eine erstklassige Ton- und Sprechfilm-Vorführung auf einer Qualitäts-Tonfilm-Maschine, genau wie sie dies in jeder Großstadt zu sehen und hören bekommen. Sie hören die Schauspieler klar verständlich wie auf einer Bühne.

Kasseneröffnung abends 7 Uhr. **Anfang abends 8 Uhr.**
Preise: Sprechfilm 1.— Mk., 1. Platz 0,80 Mk., 2. Platz 0,60 Mk.
Es ladet ein **Die Direction.**

Empfehle prima Rind- und Hammelfleisch frische Flecke
Rich. Krausemann Nachf.
Jnb. Heinrich Schneider

Bürger-Verein
Morgen Dienstag abends 1/2 9 Uhr in der Weintraube
Bersammlung
Ergehen aller Mitglieder erwünscht
Der Vorstand

für soziale und kulturelle Zwecke
Einzellos 1.— Mk. — Doppellos 2.— Mk.
2 Hauptgewinne Zwei: vollständig eingerichtete Landhäuser im Werte von je 50 000 Mk.
2 Prämien Zwei Landhäuser im Werte von je 25 000 Mk.
2 Hauptgewinne: Zwei Landhäuser im Werte von je 20 000 Mk.
Gewinne im Werte von 430 000 Mk.
Auf Wunsch 90% in bar
Ziehung: 11. bis 18. November 1930
Zu haben bei **Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigerstr.**

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203.



Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt.“ — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streik usw. ersichtlicher Anpruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5gepaltenen Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gepaltenen Kellamenseile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe und unbedingte Gewährleistung oder durch Fernsprecher ausgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Ausland, zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 126

Dienstag, den 28. Oktober 1930

32. Jahrg.

Donnerstag, den 6. November.

Schweinemarkt

Der Auktionsbetrieb beginnt um 8 Uhr.
Kemberg, den 28. Oktober 1930.
Der Magistrat.

Neues in Kürze.

- * Unter tiefer Beteiligung — nach Ansicht von hunderttausend Teilnehmern — wurden die Opfer der Greuelkataklyphen in Warschau zur letzten Ruhe geleitet.
- * Der Haushaltsplan für 1931 wurde im Reichstagsrat verabschiedet. Man hofft, der verschiedenen Schwierigkeiten Herr zu werden, und hat u. a. beschlossen, die Gehaltsbezüge der Minister mit Wirkung vom 1. November um 20 Prozent herabzusetzen.
- * Die Revolution in Brasilien ist durch den Übergang der Hauptstadt Rio de Janeiro zu den Aufständischen als beendet zu betrachten. Eine bedeutende Verschärfung des Verhältnisses zu den neuen Regierungen ist in Deutschland beabsichtigt eingetreten, die durch die Beschließung des deutschen Handelskommissars „Haden“ bei der Ausfahrt aus dem Hafen von Rio 20 Tote und Verletzte zu befehlen sind.
- * In einem neuen Interim hat Marshall Bissuloff wiederum in schärfster Form seine Verurteilung von Parlament und Parteien in Polen wiederholt.

Verabschiedung des Haushaltsplanes.

Herabsetzung der Ministergehälter
Berlin, 26. Oktober.

In der Kabinettsitzung am Freitag verabschiedete das Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichsanzlers den Haushaltsplan für 1931. In diesem Zusammenhang schenken die Reichsminister den Beschlüssen, nicht erst eine gesetzliche Verabreichung ihrer Bezüge abzuwarten, sondern bereits am 1. November auf 20 Prozent ihrer Gehaltsbezüge zu verzichten.

Ueber die Etatsstellen verläuft, daß die 10-Milliarden Grenze diesmal nicht überschritten werden soll. Die Schwere richtigen mit den einzelnen Reformen, die natürlich auf keine ihrer Anforderungen verzichten wollen, sind noch nicht restlos beseitigt, man weiß also noch nicht, wie hoch die Einsparung gegenüber dem Vorjahr sein werden. Es wird von 15 bis 300 Millionen gesprochen.

Die über Erwartungen schnelle Fertigstellung des neuen Haushaltsplanes ist nur dadurch möglich geworden, daß der Reichstag den als Notverordnung erlassenen Etat für 1931 in seiner letzten Sitzung noch ohne weiteres befristet hat. Da der Reichstagsrat mit den einzelnen Ländern die Finanzlage genau besprochen hat oder noch bespricht, so ist zu erwarten, daß auch die Verabschiedung des neuen Etats wenigstens am Reichstag keine Schwierigkeiten bereiten wird. Aufßer dem Etat sind allerdings noch die Deckungsanlagen vorzu bereiten.

Gehaltsverzeichnis des Reichspräsidenten

Berlin, 27. Oktober.

Reichspräsident von Hindenburg hat sich dem Beschluß des Reichstags und der Reichsminister, bereits ab 1. November ds. Js. auf zwanzig Prozent ihrer Gehaltsbezüge zu verzichten, angeschlossen und dementsprechend dem Reichsfinanzminister zwanzig Prozent ihrer Gehaltsbezüge zur Verfügung gestellt.

Vor landwirtschaftlichen Notverordnungen?

In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß nach den Erklärungen des Reichsanzlers Brünning beim Empfang der Führer der Landvolkpartei und nach deren Empfang beim Reichspräsidenten damit zu rechnen ist, daß das Reichskabinett sich bereits in der allerersten Zeit mit dem Erlass landwirtschaftlicher Notverordnungen beschäftigen wird.

Es ist bekannt, daß Reichsernährungsminister Schiele die Notwendigkeit der unverzüglichen Regelung verschiedener dringender landwirtschaftlicher Fragen vertritt. Die grundlegenden Vorarbeiten für die Einzelheiten der in Frage kommenden landwirtschaftlichen Notverordnungen sind im Reichsernährungsministerium so weit gefördert, daß mit ihrem Abschluß in den nächsten Tagen gerednet werden kann.

Statistisches aus dem Reichstag.

Durchschnittsalter und Religionsverhältnisse der Abgeordneten.

Bei den Reichstagswahlen vom 14. September haben hauptsächlich die beiden Flügelparteien eine große Anzahl junger Kräfte in den Reichstag entsandt. Sowohl bei den Kommunisten als auch bei den Nationalsozialisten ist das für die Fraktionen des vorigen Reichstages berechnete Durchschnittsalter wesentlich gesunken. Beide Parteien halten sich mit einem Durchschnittsalter von 38 Jahren die Waage. Bei den übrigen Fraktionen liegt dieses Durchschnittsalter

zumeist über 50 Jahre, und zwar beträgt es bei den Sozialdemokraten 50 1/2 Jahre und bei den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei 51 1/2 bis 52 Jahre. Auch bei der Deutschen Staatspartei und dem Christlich-Sozialen Volksdienst reicht es nahe an die fünfzig heran, während es bei der Fraktion des Deutschen Landvolks sogar 60 Jahre übersteigt.

Der jüngste Reichstagsabgeordnete ist bei der kommunistischen Fraktion zu finden.

Es ist der Abgeordnete Becker-Berlin, der im Mai 1905 geboren ist, also erst wenige Monate vor den Wahlen das passive Wahlrecht erworben hat. Ihm folgt mit zwei Monaten Abstand der nationalsozialistische Abgeordnete Schmeer. Die nächstjüngsten Abgeordneten sind der Kommunist Wagb. im Juni 1904 geboren, der Nationalsozialist Wetzel, im April 1904 geboren, sowie die Kommunisten Schwarz und Knöchel, die im Januar 1904 bzw. im Dezember 1903 geboren sind.

Dem Schätzigen Alterspräsidenten Herold folgen der vorkommunistische Abgeordnete Dr. Kahl mit 31 Jahren, der deutschnationale Abgeordnete Kammerherr von Oberburg-Lamshaus mit 75 Jahren, die Kommunistin Clara Joffin und der Zentrumsabgeordnete Blum-Krefeld, die 78 Jahre alt sind, sowie der 1859 geborene sozialdemokratische Abgeordnete Heimann.

Interessant sind auch die Feststellungen über die Religionsverhältnisse der 577 Reichstagsmitglieder, von denen allerdings bei 54 Angaben darüber fehlen. Es sind 167 Abgeordnete evangelisch, 42 evangelisch-lutherisch, 1 altkatholisch, 122 römisch-katholisch, 122 jüdisch, 122



oder anderen Wirtschaftsgebiet eine vorübergehende Herabsetzung der Arbeitszeit

zur Ermöglichung von Neueinstellungen ohne Schädigung geltendgemachter Interessen möglich sei. Ferner sollte durch Gesetz eine Regelung getroffen werden, daß bis auf weiteres alle Betriebe, die zu einer Einschränkung ihrer Arbeit gezwungen sind, solange keine Verminderung ihrer Beschäftigung vornehmen dürfen, als die von der Arbeitseinschränkung betroffene Beschäftigungsgruppe bei einer Verminderung der Arbeitszeit nach mindestens 40 Wochenstunden oder 5 Tageslöhnlöhnen Beschäftigung finden kann. Mit einer solchen Maßnahme würde die weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit nach Auffassung der preussischen Staatsregierung nicht unumwunden geschehen. Dem Vorschlag nach

Einführung eines allgemeinen Arbeitsdienstpflichtjahres für Jugendliche glaubt die preussische Staatsregierung am zweckmäßigsten damit Rechnung zu tragen, wenn sie durch vorübergehende Verfrüherung der Schulpflicht um ein weiteres Jahr die etwa 250 000 Jünger 1931 zur Erlangung kommenden Schuljahres vom Arbeitsmarkt fernhält. Dieses weitere Schuljahr soll ausschließlich der Vorbereitung der Jugendlichen auf ihren künftigen Beruf gewidmet sein. Für die Landwirtschaft soll dieses 9. Schuljahr in Wegfall kommen, sofern die schulentlassene Jugend in der Landwirtschaft selbst Verwendung findet. Die hierdurch entstehenden Kosten sollen nach dem Vorschlag der preussischen Regierung aus den Erparnissen der Durchführung dieser Maßnahme gemacht werden. An dritter Stelle schließt Preußen vor, im nächsten Jahr keinerlei

ausländische Wanderarbeiter

(sogenannte Sachengänger) für die deutsche Landwirtschaft zuzulassen. Preußen berechnet die Zahl der dadurch für deutsche Arbeiter frei werdenden Arbeitsplätze auf mindestens 100 000. Die vielfach in der Landwirtschaft geäußerten Bedenken, daß sich nicht genügend geeignetes Arbeitsmaterial aus dem Heer der deutschen Arbeitslosen für die Landwirtschaft finden würde, glaubt die preussische Regierung mit dem Hinweis darauf zerstreuen zu können, daß die Befristungen der Reichsanleihe für Arbeitsermittlungsergebnisse hätten, daß sich für die Landwirtschaft vermittelten berufsfernen Arbeitskräfte recht gut bewähren hätten. Schließlich ist vom preussischen Landwirtschaftsminister Dr. Steiger

ein umfassendes Meliorationsprogramm

ausgearbeitet worden, daß für die Ostprovinzen etwa 90 Millionen, für die übrigen Landesteile etwa 310 Millionen Mark vorliege. Das Programm soll auf drei Jahre verteilt werden und sich auf die Entwässerung von Aedern, Wiesen und Weiden, auf die Erschließung von rund 33 Millionen Hektar Hoch- und Niedrigwassermöaren und auf die ertragsreiche Befestigung von rund 2 Millionen Hektar Grünlandwirtschaft erstrecken. Die Berechnungen des preussischen Landwirtschaftsministers kommen zu dem Ergebnis, daß bei Durchführung dieses Programms rund 75 000 Arbeiter mit etwa 94,5 Millionen Mark jährlich beschäftigt werden könnten.

Hitlers Antwort an Herze.

Er lehnt private Vermittlung ab!

München, 26. Oktober.

Adolf Hitler veröffentlicht im „Völkischen Beobachter“ seine Antwort an Herze. In dieser heißt es u. a.: Das Telegramm, das ich durch Arnold Reebberg erhielt, richtet sich meiner Ansicht nach an eine falsche Adresse. Gattars Herr erwartet von mir eine Stellungnahme zu einem Gesamt-komplex von Vorschlägen, die ihre Ordnung erhalten sollen durch den Abschluß eines französisch-deutschen Militärbündnisses.

Das deutsche Volk hat die ernsthafte Absicht, mit allen gestifteten Kulturenationen und Völkern in Frieden und Freundschaft zu leben. Dieser Frieden der kulturell gestifteten Welt wird heute durch das ungerechte Verhalten Frankreichs gegen Deutschland unendlich bedroht. Das von mir geführte junge Deutschland hat nur den schärfsten Wunsch zu einer freundschaftlichen Veränderung mit den anderen europäischen Nationen, aber nicht den Wunsch nach Militärbündnissen!

Henderson für Abrüstung.

Er erwartet das Heil vom Völkerbund.

Newcastle, 26. Oktober.

Außenminister Henderson hielt anlässlich seiner Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt hier eine großangelegte Rede vor Englands Außenpolitik. Besonders Interesse verdienen vor allem Hendersons Ausführungen über das Abrüstungsproblem. Er sagte: „Solange Weltenberie und Völkern nicht helfen können, muß die Welt sich zu gebrauchen, schwierig im Schach zu halten sein. Jede Nation wünscht Sicherheit, aber erzielt sie diese durch die Waffen Feere und Flotten, die von 1914 bis 1918 eingesetzt worden sind? Die Völkerbundlösung erkennt, daß Sicherheit nicht durch dieses Mittel erreicht werden kann.“

Der Zweck, für den der Völkerbund geschlossen wurde, kann niemals erreicht werden, wenn nicht ein Plan allgemeiner Abrüstung durch internationale Vereinbarungen durchgeführt werden kann.

Die Urheber der Völkerbundlösung waren der Ansicht, daß internationale Zusammenarbeit niemals gelingen kann, wenn nationale Rüstungen unbeschränkt bleiben und wenn der Wettbewerb in den Rüstungen wiederauflebt.

Jedes Mitglied des Völkerbundes ist durch diese Verpflichtung gebunden.

Unter dem Londoner Flottenvertrag ist eine beträchtliche Verminderung zustande gebracht worden. Wir arbeiten jetzt daran, um sicherzustellen, daß die vorbereitende Abrüstungskommission des Völkerbundes die im November in Genf zusammengetreten soll zum Erfolg führt, so daß eine allgemeine Abrüstungskonferenz entweder im Verlaufe des kommenden Jahres, spätestens aber im Jahre 1932 einberufen werden kann. Abrüstung ist das erste Erfordernis, das notwendig ist, um Krieg unmöglich zu machen.

Polen überfallen Deutsche.

Deutsche Bandendirektoren schwer mißhandelt

Katowitz, 25. Oktober.

In Sosia fand eine Aufbühleratsitzung der Deutschen Gewerbetreibenden statt, an der auch die beiden Direktoren der Deutschen Betriebsrat Katowitz, Thomas und Jarotta, teilnahmen. Als die beiden in Begleitung dreier anderer Aufbühleratsmitglieder sich zum Bahnhof begeben